Anhang

Anhang.

Mittheilungen bemerkenswerther Entscheidungen des Appellations- und Kassationshofes und der Polizeikammer.

A.

Kassationsgesuche gegen Assisenurtheile.

I.

Kassation eines Urtheils des Assisenhofes wegen Unterbrechung der Verhandlungen, entgegen Art. 409 St. V.

Jakob Rutschmann wurde unterm 16. Juli 1853 von den Geschwornen des IV. Bezirks der Brandstiftung unter mildernden Umständen schuldig erklärt und zu einer zwanzigjährigen Kettenstrafe, zum Schadensersatz und zu Bezahlung der Kosten verurtheilt. Die Verhandlung vor den Geschwornen hatte bereits am 14. Juli begonnen, war jedoch auf den Antrag der Staatsanwaltschaft bis zum 16. Juli unterbrochen worden.

Das Protokoll des Assisenhofes des IV. Geschwornenbezirks vom 14. Juli 1854 enthält über diese Verschiebung Folgendes:

Die Staatsanwaltschaft verlangt das Wort und spricht in ihrem Vortrage die Ansicht aus, die Anbringen der Ehefrau Rutschmann seien geeignet, die Beurtheilung der vorliegenden Strafsache zu verschieben, um die von derselben bezeichneten Entlastungszeugen ebenfalls zum Hauptverfahren vorzuladen, weßhalb sie ohne gerade bestimmte Anträge zu stellen, beim Richterkollegium den Wunsch ausspreche, es möchte die Verhandlung und Beurtheilung zum Zwecke der Vorladung fraglicher Zeugen von Amtes wegen verschoben werden. Der Vertheidiger pflichtete diesem Anbringen bei; ebenso der Angeklagte.

Das Richterkollegium hat nun in geheimer Berathung und Abstimmung von Amtes wegen verfügt:

1) Es ist, wenn sowohl die Staatsanwaltschaft als die Geschwornen, der Vertheidiger und der Angeklagte keine Einwendungen dagegen erheben, die Suspension der Verhandlungen in vorliedender Sache bis den 16. dieß, des Morgens um 8 Uhr, ausgesprochen, inzwischen aber mit der Behandlung des auf Morgen den 15. Juli angesetzten Geschäftes fortzufahren.

2) Mit Einwilligung sämmtlicher Betheiligten sind die bereits abgehörten Zeugen zu entlassen, deren sind ausgenommen ꝛc. ꝛc. Diese Beschlüsse wurden vom Präsidenten öffentlich ausgesprochen ꝛc. Sowohl die Staatsanwaltschaft als die Geschwornen, der Vertheidiger und der Angeklagte erklären gegen die Verschiebung in angegebener Weise, sowie gegen die Entlassung der Zeugen keine Einwendungen vorzubringen zu haben.

Den 16. Juli wurden nun die Verhandlungen der Assisen wieder fortgesetzt, wo sie den 16. Juli abgebrochen worden waren, und endeten mit der Verurtheilung des Rutschmann zu 20 Jahren Kettenstrafe.

Gegen dieses Urtheil ergriff Rutschmann den 19. Juli das Rechtsmittel der Kassation.

Bei der Verhandlung vor dem Appellations- und Kassationshofe schloß sich die Staatsanwaltschaft — Herr Bezirksprokurator Buri als Stellvertreter des Generalprokurators — dem Antrage des Gesuchstellers an.

Der Appellations- und Kassationshof kassirte hierauf das Urtheil des Assisenhofes und zwar

in Anwendung folgender Art. 1, 409, 478, 2, 487 und in Annahme folgender Entscheidungsgründe:

1) Daß nachdem einmal eine Verhandlung vor dem Geschwornengericht begonnen, dieselbe nur dann unterbrochen oder verschoben werden darf, wenn es zur nöthigen Erholung der Richter, der Geschwornen, der Zeugen und der Anzeklagten dient (Art. 409) oder wenn aus den Verhandlungen hervorgeht, daß wahrscheinlich eine andere Person als der Angeklagte die strafbare Handlung begangen oder daß der Angeschuldigte Mitschuldige hat. (Art. 422.)

2) Daß nach dem Geiste des Strafverfahrens, daß die Ausmittlung der materiellen Wahrheit in den gegebenen Fällen zum Gegenstande hat, eine Verschiebung oder Unterbrechung der Verhandlungen auch dann gerechtfertigt erscheinen mag, wenn während derselben wichtige, bisher unbekannte Beweismittel entdeckt werden.

3) Daß aber in einem solchen Falle die Verhandlungen, entweder in möglichst kurzer Zeit und ohne daß andere Geschäfte dazwischen kommen, fortgesetzt, oder aber wenn dieses nicht möglich ist, von vornen begonnen werden müssen, weil sonst leicht fremder Einfluß, welcher möglichst fern zu halten ist, sich geltend machen, und der Totaleindruck der mündlichen Verhandlung, auf den allein die Geschwornen ihr Verdikt abzugeben haben, geschwächt werden könnte.

4) Daß gemäß dieser Grundsätze eine Unterbrechung der Verhandlungen in Sachen des Jakob Rutschmann wohl

zuläßig war, zumal sie die Berufung neuer Zeugen bezweckte; daß aber, da die Beibringung der neuen Zeugen erst auf den dritten Tag möglich war und in der Zwischenzeit von einem und demselben Geschwornengerichte andere Straffälle verhandelt wurden, die Verhandlungen am 16. Juli nicht einfach mit der neuen Zeugenabhörung hätten fortgesetzt, sondern von vornen angefangen werden sollen.

5) Daß die Zustimmung des Vertheidigers und des Angeklagten zu der Verschiebung den Mangel, mit dem die Verhandlungen und das Urtheil behaftet sind, nicht hebt, weil in Strafsachen kein konventionelles Verfahren Anerkennung finden darf, jedenfalls da nicht, wo es sich um gesetzliche Hauptgrundsätze handelt.

Den 21. Oktober 1853 kam der nämliche Fall vor den Assisen des IV. Geschwornenbezirks neuerdings zur Beurtheilung, welche wie das erste Mal die Verurtheilung des Rutschmann zu 20 Jahren Ketten zur Folge hatte. —

Anmerkung.

Nach der ersten Beurtheilung des Rutschmann, wurde ein neuer Zeuge aufgefunden, der auf's Bestimmteste aussagte, er habe den Angeschuldigten zur Zeit des Brandes in der Nähe von Grafenried gesehen und erkannt, wodurch dessen Alibibeweis vollständig entkräftet wurde. Die Aussage dieses neuen Zeugen war von um so größerer Wichtigkeit, als das Resultat der ersten Verhandlungen so zweifelhaft war, daß im Schooße des Gerichtshofes die Frage aufgeworfen wurde, ob nicht die Geschwornen sich im Irrthume befinden und es daher der Fall sei, von der Befugniß Gebrauch zu machen, welche Art. 441 dem Richterkollegium einräumt.

II.

Kassation eines Urtheils des Assisenhofes des II. Bezirks, wegen unrichtiger Gesetzesanwendung. (Art. 478, 4 und 490.)

Unterm 11. Dezember 1852 wurden Samuel Jost und Joseph Hinni durch den Wahrspruch der Geschwornen des zweiten Bezirks schuldig erklärt:

eines zur Nachtzeit begangenen Diebstahls im Werthe über 10 Franken a. W., in Gesellschaft eines Diebsgenossen unter mildernden Umständen.

Gestützt darauf verurtheilte der Assisenhof des II. Bezirks, in Anwendung des §. 10, Ziffer 1 und 3 und §. 11 des Gesetzes vom 15. März 1836 und Art. 4 der Verordnung vom 27. Juni 1803, den Samuel Jost korrektionell zu sechs Monaten Einsperrung und den Joseph Hinni zu fünf Monaten Einsperrung mit Abzug von 19 Tagen Untersuchungshaft; ferner beide solidarisch zu den Kosten.

Gegen dieses Urtheil reichte der Bezirksprokurator des II. Bezirks unterm 11. Dezember 1852 ein Kassationsgesuch ein, worin er nachwies, daß nach den angeführten Gesetzesstellen allerwenigstens ein Viertheil des am Schlusse des §. 11 des Gesetzes vom 15. März 1836 angedrohten Strafmaßes von zwei Jahren, somit wenigstens sechs Monate andauernde Strafe hätte ausgesprochen werden sollen, und den Antrag stellte:

1) Das obbezeichnete Erkenntniß aufzuheben.

2) Der Appellations- und Kassationshof möge selbst ein auf den Wahrspruch der Geschwornen gestütztes Endurtheil fällen.

3) Joseph Hinni sei durch dasselbe zu sechs Monaten Einsperrung und zu den Kosten gegenüber dem Staate zu verfällen.

Der Appellations- und Kassationshof kassirte am 24. Jänner 1853 das Urtheil des Assisenhofes und fällte gemäß dem Antrage des Generalprokurators und auf Grundlage des Wahrspruches der Geschwornen nach Vorschrift des Art. 490 St. V. ein neues, den Bestimmungen des Gesetzes entsprechendes Urtheil, welches sich stützt auf folgende Entscheidungsgründe:

1) Daß durch den Wahrspruch der Geschwornen die Angeklagten, Samuel Jost und Joseph Hinni, überwiesen sind, zum Nachtheil des Niklaus Graf einen Diebstahl begangen zu haben, und zwar an einem Gegenstande, dessen Werth 10 Franken alte Währung übersteigt, zur Nachtzeit und in Gesellschaft.

2) Daß nach dem nämlichen Wahrspruche die That unter mildernden Umständen stattgefunden.

3) Daß bei diesem Thatbestande folgende Gesetze in Anwendung kommen, §. 10, Ziffer 1 und 3 und §. 11 des Gesetzes vom 15. März 1836, Dekret vom 22. September 1847 und damit in Verbindung der §§. 1 und 5 des Gesetzes vom 27. Jänner 1800 und §. 4 des Gesetzes vom 27. Juni 1803.

4) Daß nach der hier zur Anwendung kommenden Schlußstelle des erwähnten §. 11 des Gesetzes vom 15. März 1836 das Minimum der Strafe auf zwei Jahre Zuchthaus festgesetzt ist, und diese Strafe nach den angeführten Milderungsgesezen nicht weiter herabgesetzt werden darf, als auf den vierten Theil, unbeschadet der gesetzlich gestatteten Strafumwandlung.

5) Daß nach den angeführten Gesetzen die Strafe eine peinliche sein muß.

6) Daß indessen das Urtheil des Assisenhofes, betreffend den angeklagten Jost nicht speziell und namentlich nicht wegen der Qualifikation seines Vergehens angefochten worden ist.

7) Daß das angefochtene Urtheil des Assisenhofes vom 11. Dezember 1852, betreffend Hinni, allerdings auf falscher Gesetzesanwendung beruht.

III.

Kassationsgesuch wegen unrichtiger Anwendung des Strafgesetzes. (Art. 478, 4.)

Unterm 4. Oktober 1853 wurde Samuel Bloch, Lazarus sel. und der Judith, geb. Weil, Sohn, von Emmendingen, Großherzogthums Baden, von den Geschwornen des II. Bezirks schuldig erklärt, absichtlich und zum Nachtheile der Rechte des Johannes Ziehli, Täuschungen unternommen zu haben, wobei der Betrag des durch dieselben gestifteten Schadens Fr. 150 überstieg, jedoch unter Annahme von mildernden Umständen. Die fernern an die Geschwornen gestellten Fragen, nämlich:

Hat Samuel Bloch namentlich den Johannes Ziehli durch falsche Angaben in Betreff solcher Eigenschaften, die Ziehli ausdrücklich verlangt hat, irre geführt?

Hat Samuel Bloch den Johannes Ziehli, rechtswidriger Weise, durch absichtliche Veranlassung eines Irrthums bestimmt, einen Vertrag zu schließen?

wurden von den Geschwornen verneint.

Ganz gleich lautete der Wahrspruch gegen den Mitangeschuldigten des Bloch gegen Isaak Dreifuß, jedoch ohne Annahme mildernder Umstände. Derselbe wurde überdieß im nämlichen Urtheil einer Unterschlagung zum Nachtheile des Ursus Pauli in einem Werthe von mehr als Fr. 100 a. W. schuldig erklärt.

Gestützt auf diesen Wahrspruch und in Anwendung des §. 2 der Verordnung vom 27. Juni 1803, der §. 20, 23 und 7 des Gesetzes vom 15. März 1836 und Art. 446 St. B. wurden vom Assisenhofe verurtheilt:

1) Samuel Bloch korrektionell zu zwei Jahren Amtsverweisung.

2) Isaak Dreifuß peinlich in contumaciam zu einer vierjährigen Zuchthausstrafe.

3) Beide solidarisch zu einer Entschädigung von 290 Franken, ferner zu Einhundert Franken Civilkosten und 65 Franken Kosten des strafrechtlichen Verfahrens an Johnnes Ziehli, Gutsbesitzer zu Oberbottigen.

4) Dreifuß allein zu einer Entschädigung von 370 Franken an Ursus Pauli, Müller in Rütti.

5) Beide solidarisch zu Bezahlung der Kosten gegenüber dem Staate, die festgesetzt wurden auf 206 Franken.

Gegen dieses Urtheil reichte Samuel Bloch ein Kassationsgesuch ein, gestützt auf folgende Gründe:

Dreifuß habe dem Ziehli ein mit einem gesetzlichen Gewährsmangel behaftetes Pferd vertauscht und durch den Wahrspruch der Geschwornen sei festgestellt, daß Herr Bloch den Ziehli in Bezug auf dieses Tauschgeschäft,

1) weder durch falsche Angaben in Betreff solcher Eigenschaften, die Ziehli ausdrücklich verlangt, irre geführt (S. 680 C.),

2) noch den Ziehli rechtswidriger Weise durch absichtliche Veranlassung eines Irrthums bestimmt habe, einen Vertrag zu schließen.

Es sei nun also durch den Wahrspruch der Geschwornen ausgemacht, daß Bloch an dem Tauschgeschäfte, durch welches Herr Ziehli benachtheiligt worden sein solle, keinen Antheil genommen habe, demnach hätte der Assisenhof den Bloch von Schuld und Strafe freisprechen und vom Civilanspruche des Ziehli befreien sollen. Mithin sei durch das Urtheil nicht bloß das Straf-, sondern auch das Civilgesetz falsch angewendet worden.

Gesetzt aber auch, man lege der Beantwortung der achten Frage durch die Geschwornen einen andern Sinn bei, so sei doch nur ein Civilbetrug vorhanden, so daß Bloch für die Gewähr einstehen mußte; nie aber sei es durch den Wahrspruch hergestellt, daß Bloch sich eines Kriminalbetrugs schuldig gemacht. Es sei daher auch in diesem Falle das Strafgesetz falsch angewendet worden.

Der Appellations- und Kassationshof hat dieses Gesuch nach dem Antrage des Generalprokurators den 30. November 1853 verworfen und den Gesuchsteller zu den Kosten verfällt, in Annahme folgender Entscheidungsgründe:

1) Daß Samuel Bloch zufolge des Wahrspruchs der Geschwornen schuldig ist, absichtlich und zum Nachtheil der Rechte des Johann Ziehli Täuschungen unternommen zu haben.

2) Daß die von den Geschwornen in verneinendem Sinne beantwortete Frage: „Ob Bloch den Ziehli rechtswidriger Weise durch absichtliche Veranlassung eines Irrthums bestimmt habe, einen Vertrag zu schließen," der allgemeinen Schuldigerklärung nicht widerstreitet, indem die letztere Frage nähere Umstände über die Art und Weise der Verübung des Vergehens enthält und also durch die Verneinung derselben bloß ausgesprochen worden ist, daß diese Nebenumstände bei Bloch nicht zutreffen.

3) Daß kein Strafgesetz den Begriff von Betrug aufstellt, daß aber die Verordnung vom 27. Juni 1803, §. 2 festsetzt, daß alle Vergehen, über welche in den vorhandenen Gesetzen keine Bestimmungen enthalten sind, nach Ermessen des Gerichtes zu bestrafen seien.

4) Daß somit das Richterkollegium des Assisenhofes weder durch das grundsätzliche Erkenntniß, daß die Handlung des Bloch strafbar sei, noch durch die Anwendung einer Strafe jene Verordnung falsch angewendet hat.

B.

Verjährung in Strafsachen.

Verjährungsfristen laufen erst vom 1. Juli 1851 an.

I.

Joseph Gerster wurde unterm 26. Februar 1848 vom Obergerichte des Kantons Bern, wegen Aufruhrs, Mißhandlung und Nachtmuthwillen, zu einer Gefangenschaft von 60 Tagen, Buße von Fr. 30 und Kosten verurtheilt.

Dieses Urtheil wurde unterm 24. März 1848 dem Vogte des landesabwesenden Joseph Gerster eröffnet, welcher auch die seinem Vögtling auferlegten Untersuchungskosten bezahlte.

Die Fr. 30 Buße wurden dagegen nicht eingefordert, bis Gerster im Laufe des Sommers 1853 aus Neapel, wo er unterdessen in Diensten gestanden, nach Laufen auf Urlaub zurückkehrte. Auf die an ihn erlassene Aufforderung, die ihm durch das obergerichtiche Urtheil auferlegte Buße zu bezahlen, oder dieselbe durch Gefangenschaft abzubüßen, erhob Gerster gegen die Vollziehung Einspruch aus dem Grunde, weil das Urtheil nach Art. 636 code d'inst. crim. und Art. 551 St. V. verjährt sei. Durch das Regierungsstatthalteramt Laufen wurde diese Frage dem Appellations- und Kassationshof zur Entscheidung vorgelegt, und von demselben nach dem Antrage des Herrn Generalprokurators erkennt: es sei die durch obergerichtliches Erkenntniß vom 26. Februar 1848 ausgesprochene Strafe nicht als verjährt anzusehen, und Gerster daher mit seiner gegen die Vollziehung des Urtheils erhobenen Einsprache abzuweisen und zu den Kosten zu verurtheilen.

Das Gericht gieng aus von folgenden Entscheidungsgründen:

1) Daß zwar die Bestimmungen des Art. 545 u. f. St. V. über Strafverjährung auch auf solche Strafurtheile ihre Anwendung finden, welche vor dem 1. Juli 1851 (als dem Zeitpunkte des Inkrafttretens des neuen Strafprozeßgesetzbuches) ausgefällt wurden, weil nach allgemeinen anerkannten Rechtsgrundsätzen spätere, dem Angeklagten günstigere, materielle Bestimmungen auch früheren Straffälligen zu gut kommen sollen.

2) Daß aber in Betreff aller Strafurtheile, welche vor dem 1. Juli 1851 erlassen worden sind, nicht der Tag ihrer Erlassung oder Eröffnung, sondern der erwähnte Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Strafverfahrens als terminus a quo, die Verjährung zu laufen anfängt, anzusehen ist, weil

a. früher gar keine Verjährung galt,

b. die Verjährung als ein rein positives, willkürliches Institut, bezüglich des Anfangspunktes nicht weiter zurück bezogen werden darf, als auf den Zeitpunkt, da das Gesetz, durch welches sie eingeführt wurde, in Kraft getreten ist,

c. der Gesetzgeber, wenn er etwas anderes hätte statuiren wollen, dieses ausdrücklich hätte sagen müssen, während aus Art. 6 der Promulgationsverordnung gefolgert werden könnte, daß, da alle Straffälle, in denen die Hauptuntersuchung am 1. Juli 1851 noch nicht eingeleitet war, nach den Vorschriften der frühern Gesetze verfolgt und erledigt werden sollen, in allen Straffällen aus früherer Zeit die Verjährung dahin und daweg ausgeschlossen sei.

3) Daß somit im vorliegenden Falle nur noch zu untersuchen ist, in welcher Zeitfrist die gegen Jososeph Gerster ausgesprochene Strafe durch Verjährung getilgt werden konnte.

4) Daß das gegen Gerster ausgefällte Strafurtheil sowohl nach der Natur des Vergehens, als nach der Natur der ausgesprochenen Strafe zu den korrektionellen Straffällen gehört, mithin bezüglich desselben die Verjährung erst nach Ablauf von fünf Jahren eingetreten sein würde. (Art. 547 St. V.)

5) Daß aber diese Verjährungsfrist, die nach den aufgestellten Grundsätzen erst mit dem 1. Juli 1851 zu laufen anfieng, dermalen noch nicht verstrichen ist.

II.

Unterm 7. März 1849 wurde Franz Schmidlin von und zu Dittigen vom Richteramte Laufen wegen Holzfrevels zu einer Buße von Fr. 17 a. W., und Fr. 10 a. W. Schadensersatz und zu Bezahlung der Kosten verurtheilt. Als der Regierungsstatthalter von Laufen im Laufe des Sommers 1853 den Schmidlin aufforderte die Buße zu bezahlen, erhob derselbe die Einrede der Verjährung, gestützt auf Art. 639 ff. des code d'inst. crim., sowie nach Art. 551 St. V.

Der Generalprokurator, welchem die Akten von Seite des Appellations- und Kassationshofes zur Begutachtung zugewiesen wurden, theilte die Ansicht des Einsprechers, worauf der Appellations- und Kassationshof durch Urtheil vom 17. Oktober 1853

erkannte:

1) Es ist die gegen Franz Schmidlin, von und zu Dittigen, zufolge Urtheils des Gerichtspräsidenten von Laufen vom 7. März 1849 ausgesprochene Strafe verjährt.

2) Schmidlin hat jedoch von daher keine Kosten zu fordern.

Das Erkenntniß stützte sich auf folgende Erwägungen:

1) Daß nach Art. 546 St. V. die wegen Polizeiübertretung erkannten Strafen nach Ablauf von zwei Jahren, von dem Tage der Rechtskraft des Urtheils an zu rechnen, verjähren.

2) Daß das gegen Franz Schmidlin unterm 7. März 1849 erlassene Urtheil wegen Holzfrevels erfolgt ist, somit eine Polizeiübertretung zum Gegenstande hat.

3) Daß vom 1. Juli 1851 (von welchem Zeitpunkte hinweg auch für früher erlassene Strafurtheile die Verjährung zu laufen anhebt) bis zum Zeitpunkte der Einforderung der Buße mehr als zwei Jahre abgelaufen sind, somit die Strafe verjährt ist.

C.

Urtheile der Polizeikammer.

I.

Untersuchung gegen Karl Gutnecht, wegen Nachdruck.

Unterm 9. Juni 1853 zeigte Herr Oberst Kurz in Bern, Namens des Festausschusses für das Bundesfest dem Regierungsstatthalteramte Bern an: Der Festausschuß habe ein Programm für das Bundesfest drucken lassen und den Erlös als Beitrag zu den Kosten des Festes bestimmt. Karl Gutknecht habe nun dieses Programm beinahe wörtlich nachgedruckt und verkaufe nun das Exemplar um 10 Cent. wohlfeiler. Zugleich verlangte der Anzeiger die Beschlagnahme der bei Gutknecht erschienenen Auflage. Gutknecht gab zu, das Festprogramm herausgegeben zu haben, allein in einer selbstständigen Bearbeitung, weßhalb ein Nachdruck hier nicht vorliege.

Die Auflage des Gutknecht wurde sodann, soweit sie noch vorhanden war, mit Beschlag belegt, ebenso der Satz des Programms. Da Gutknecht es außerdem noch unterlassen hatte, nach Vorschrift des §. 11 des Preßgesetzes ein Exemplar der Schrift dem Regierungsstatthalteramte Bern abzuliefern, so beantragte die Staatsanwaltschaft Verurtheilung des Gutknecht in die daherige Buße.

Durch Urtheil vom 11. Juni wurde Gutknecht von dem Polizeirichter von Bern des Eingriffes in fremdes Eigenthum schuldig erklärt und zu einer Buße von Fr. 40 und den Kosten verurtheilt. Ferner wurde die vom Regierungsstatthalteramte angeordnete Beschlagnahme gut geheißen und verfügt, dieselbe solle bis nach dem Feste fortdauern. Gutknecht erklärte gegen dieses Urtheil die Appellation.

Die Polizeikammer gieng in ihrer Beurtheilung dieses Falles von anderen Grundsätzen aus, als der Polizeirichter. Sie erklärte den Gutknecht eines Eingriffs in fremdes Eigenthum nicht schuldig, hob die verhängte Beschlagnahme der gedruckten Programme auf, verurtheilte ihn dagegen in Anwendung des Art. 11 des Preßgesetzes zu einer Buße von Fr. 10 und wies ihn mit seinem Entschädigungsgesuch gegenüber dem Festausschusse ab. Die erstinstanzlichen Kosten wurden zur Hälfte dem Staate und zur Hälfte dem Gutknecht auferlegt, und der Festausschuß dem letztern gegenüber zu den Kosten verurtheilt. Dem Urtheile lagen zum Grunde folgende Entscheidungsgründe, (betreffend den Eingriff in fremdes Eigenthum):

1) Daß das von Karl Gutknecht gedruckte und herausgegebene Programm der Bundesfeier, dem Inhalte und in der Hauptsache auch dem Wortlaute nach, mit dem vorher vom Festausschusse herausgegebenen übereinstimmt und somit nur eine Reproduktion desselben enthält.

2) Daß aber ein Nachdruck in der technischen Bedeutung des Wortes nicht vorliegt, weil der Nachdruck ein geistiges Eigenthum, entsprungen aus litterarischer Thätigkeit, voraussetzt.

3) Daß ein Programm, als solches, nicht als Produkt einer geistigen Thätigkeit kann betrachtet werden und auch das Programm des Festausschusses nichts enthielt, als eine Mittheilung des Details der bevorstehenden Festlichkeiten.

4) Daß somit — abgesehen von der Frage, ob §. 2 der Verordnung vom 27. Juni 1803 auf den Nachdruck seine Anwendung finde. — Der gesetzgeberische Grund des Nachdrucksverbots, nämlich die Begünstigung und Beförderung geistiger Thätigkeit im vorliegenden Fall nicht zutrifft.

5) Daß gleichwohl die Handlungsweise des Gutknecht, ihrer Analogie mit dem Nachdruck wegen, sich nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen als verwerflich darstellt und demnach die Verweigerung einer Entschädigung als gerechtfertigt erscheint, da der Entscheid über die Frage, ob dem freigesprochenen Angeschuldigten eine solche gebühre nach Art. 20 des Gesetzes vom 12. März 1853 lediglich dem Ermessen des Gerichts anheimgestellt ist.

II.

Ungesetzliche Zusammensetzung eines Amtsgerichts.

Herr Amtsschaffner von Grünigen reichte unterm 21. Dezember 1852 dem Richteramte Saanen eine Anzeige gegen Christian Annen, Küher zu Lauenen, und gegen die Brüder Friedrich und Samuel Reichenbach ein, wegen eines betrügerischen Kaufes, den ersterer mit den beiden letztern abgeschlossen habe, und durch welchen die Gläubiger des Annen und unter ihnen namentlich der Anzeiger von Grünigen, in dessen nachherigen Güterabtretung, zu Schaden gekommen seien. Die daherige Untersuchung wurde dem korrektionellen Gerichte — Amtsgericht Saanen — zur Beurtheilung zugewiesen. Von den vier Amtsrichtern befanden zwei sich im Falle sich zu rekusiren und gegen einen Ersatzmann, Metzgermeister Haldi in Saanen, reichten die Gebrüder Reichenbach ein Rekusationsgesuch ein und begründeten dasselbe durch folgende Anbringen:

Nach den Bestimmungen des Straf- wie des Civilprozesses müsse eine Gerichtsperson, um als solche funktioniren

zu können, allen Erfordernissen entsprechen, welche an einen vollgültigen Zeugen gestellt werden; dieß sei aber bei Herrn Haldi nicht der Fall.

Dieser letztere stellte dagegen in Abrede, sich in einem Rekusationsfalle zu befinden und erklärte an der Beurtheilung des Geschäftes Theil nehmen zu wollen. Am 18. Oktober 1853 kam die Sache zur Beurtheilung vor das Amtsgericht Saanen, wobei am Platz der Amtsrichter Hauswirth und Perreten, welche sich selbst rekusirt hatten, die ordentlichen Ersatzmänner, Christian Haldi und Christian von Siebenthal zu Gericht saßen. Der Präsident legte dem Gerichte das Rekusationsgesuch gegen Ersatzmann Haldi vor und zeigte an: Da das Gericht durch den Austritt des letztern nicht mehr vollständig sei, so müßten die außerordentlichen Ersatzmänner beigezogen werden, um über die Rekusation zu entscheiden. Zufällig war die Amtsdauer der bisherigen abgelaufen und das Gericht erkannte daher, es seien in geheimer Abstimmung sogleich zwei außerordentliche Ersatzmänner zu wählen. Die Ansicht eines Amtsrichters, es seien diese Wahlen durch das außerordentliche Gericht vorzunehmen, blieb in Minderheit. Nach geschehener Wahl wurde von dem nun vollständigen Gericht das Rekusationsgesuch gegen Haldi sofort beurtheilt und verworfen, worauf Ersatzmann Haldi seine Stelle wieder einnahm.

Herr Fürsprecher Roschi protestirte gegen diese „ungesetzliche" Konstituirung des Gerichts und trug darauf an: Die Gebrüder Friedrich und Johann Samuel Reichenbach seien nicht schuldig sich vor dem heute konstituirten Gerichte einzulassen. Diesem Antrag traten die Eheleute Annen ebenfalls bei; Herr Bezirksprokurator Hürner schloß dagegen auf Abweisung desselben.

Das Amtsgericht erkannte hierauf: es sei in die gestellte Vorfrage nicht einzutreten. Gegen diesen Entscheid erklärte der Bevollmächtigte der Gebrüder Reichenbach sofort die Appellation.

Die Polizeikammer sprach dagegen den Appellanten ihren Exceptionsschluß zu, unter Suspension der Kosten zur Hauptsache, unter Annahme folgender Erwägungsgründe:

Daß sich aus den Akten nicht ergiebt, daß die Amtsrichter von der zu treffenden Wahl von außerordentlichen Ersatzmännern zur Zeit in Kenntniß gesetzt worden sind.

Daß aber ohne vorherige rechtzeitige Mittheilung über Vornahme eines Geschäfts nicht angenommen werden kann, daß ein abwesendes Mitglied des Gerichts „verhindert" gewesen sei an der Verhandlung Theil zu nehmen.

Daß demnach der Fall, wo Art. 9 des Gesetzes vom 31. Juli 1847 eine Vertretung der ordentlichen Mitglieder des Amtsgerichts durch Ersatzmänner erlaubt, nicht vorhanden war, und die getroffene Wahl zweier außerordentlichen Ersatzmänner nicht als vom gesetzlich konstituirten Amtsgericht getroffen, angesehen werden kann.

III.

Böswillige Eigenthumsbeschädigung.

In den Jahren 1850, 1851 und 1852 bewohnte Herr Oberst Wyttenbach von Zimmerwald das Haus des Herrn Spezierers Locher in Bern. Infolge von Zwistigkeiten jedoch, welche zwischen Herrn Locher und der Frau Wyttenbach wegen mangelhafter und unsauberer Unterhaltung des ausgewiesenen Logis ausbrachen und sogar einen rechtlichen Auftritt zur Folge hatten, verließ Herr Oberst Wyttenbach mit seiner Gattin noch vor dem vertragsmäßigen Ablauf der Miethzeit das Haus des Herrn Locher.

Nach diesen Vorfällen wurde nun der Laden des Herrn Locher, die Wände und Arkadenpfeiler mehrmals mit Koth bestrichen, Kehricht im Gang und in der Laube ausgeleert und Schmähschriften an die Pfeiler und an den Laden geheftet, in denen die Familie des Herrn Locher, sowie dieser selbst arg beschimpft wurden.

Der Damnifikat machte jedesmal der Stadtpolizei Anzeige von diesen Beschädigungen und Beschimpfungen, ohne jedoch Indicien für die Thäterschaft angeben zu können. In der Nacht vom 22. auf den 23. Februar 1853, ungefähr neun Monate nach dem Herr Wyttenbach seine Miethe bei Herrn Locher aufgegeben hatte, wurden die am Plafond der Arcade angebrachte Frescomalereien des Herrn Locher mit Dinte so bespritzt, daß sie als gänzlich ruinirt angesehen werden mußten.

Nicht lange nachher bekannte die Magdalena Tschirren, gewesene Köchin bei Herrn Wyttenbach, sie habe auf Anstiften der Frau Wyttenbach hin, die Beschmierungen mit Koth vorgenommen.

In der Untersuchung und bei der Hauptverhandlung sagte die Tschirren das Nämliche aus und fügte bei: Frau Wyttenbach habe ihr gesagt, sie solle einen Mann auftreiben, der gegen eine Belohnung den Laden des Herrn Locher beschmiere. Aus Furcht aber, es möchte auskommen, habe sie diese Beschmierungen selber vorgenommen und sodann auch unter dem Dictate der Frau Wyttenbach einen Schmähbrief gegen Herrn Locher geschrieben und in der Laube vor dem Laden des Herrn Locher angeheftet. Einen zweiten habe sie an einem Pfeiler gegen die Gasse befestigt, wofür ihr Frau Wyttenbach Fr. 2 bezahlt habe. Außerdem habe die letztere nicht nur sie, sondern auch ihre Freundin, die Frau Blau, geb. Schmiz, mehrmals aufgefordert, eine Verunreinigung mit Blut vorzunehmen.

Die Frau Blau deponirte etwas abweichend: Frau Wyttenbach habe öfters zu ihr gesagt, es wäre schön, wenn man die Frescomalereien des Locher mit Blut bespritzen würde, daß sie es aber machen solle, habe sie ihr nicht gesagt. Frau Wyttenbach stellte die Angaben der Tschirren und der Blau auf's Bestimmteste in Abrede und behauptete, in Uebereinstimmung mit ihrem Ehemanne, die Tschirren

habe selbst einen glühenden Haß gegen Herrn Locher gehabt und sich oftmals geäußert, sie wolle demselben noch irgend welchen Schaden zufügen. Sie habe ihr aber immer abgewehrt und sie endlich aus dem Dienst entlassen, es sei nun leicht möglich, daß Herr Locher die Tschirren auf unloyale Weise zu ihren Aussagen bestimmt habe. Die Zeugen, Frau Kehrli, Magdalena Senn, Magdalena Kurz und Elise Krebs, bestätigten die Aussagen der Frau Wyttenbach. Der Zeuge, Johannes Schlup, Gärtner, deponirte: Herr Locher habe ihn zu sich beschieden und ihm erklärt, er sei so viel als überwiesen, die Bespritzung mit Dinte gemacht zu haben, er solle daher nur bekennen, er, Locher, wolle dann seine Bestrafung nicht verlangen, es sei ihm besonders daran gelegen, daß die Urheberinnen, Frau Wyttenbach oder Frau Wulst gestraft werden, ihm dagegen würde er eher etwas geben als eine harte Strafe gegen ihn aussprechen lassen.

Von Herrn Locher wurde endlich auch noch angezeigt, daß Jülie von Bonstetten Leute aufgereizt habe, ihm seine Malereien zu beschmieren, namentlich die Frau Küng, geb. Schneider.

Diese bestätigte die Anzeige als richtig, erklärte aber, sie habe dieses Ansinnen von der Hand gewiesen. Die Jülie von Bonstetten läugnete Anfangs, gab aber bei der Hauptvertheidigung ihre Betheiligung wenigstens theilweise zu, blieb jedoch dabei, durchaus ohne Auftrag der Familie Wyttenbach gehandelt zu haben, sie hasse Herrn Locher auf eigene Rechnung. Die Angeschuldigten waren nicht schlecht beleumdet.

Herr Wilhelm König, Gypser und Maler und Herr Oberst Gatschet in Bern, als gerichtlich ernannte Experten, schätzten den dem Spezierer Locher durch die Beschmierung seiner Frescomalereien zugefügten Schaden im Ganzen auf Fr. 480, und zwar abgesehen von den verschiedenartigen Beschädigungen, indem schon durch erste Beschmierung der Werth des Ganzen verloren gewesen sei und eine Wieder-

herstellung schon damals so viel gekostet haben würde, als nach der Bespritzung der Dinte.

Bei der Hauptverhandlung stellte die Civilparthei den Schluß: Es sollen sämmtliche drei Angeschuldigte solidarisch zum vollständigen Ersatze des Schadens und zu Bezahlung der Kosten verurtheilt werden.

Das Amtsgericht Bern erklärte unterm 30. Juni 1853 die Magdalena Tschirren der boshaften Eigenthumsbeschädigung und des Anschlagens von Schmähschriften am Hause des Herrn Locher für schuldig und verurtheilte korrektionell die Wyttenbach zu Fr. 100 Buße und einem Jahr unabkäuflicher Leistung aus den Amtsbezirken Bern und Seftigen, die Tschirren zu Fr. 100 Buße und zu einem Jahr unabkäuflicher Leistung aus dem Amtsbezirke Bern und die Jülie von Bonstetten zu Fr. 25 Buße und zu drei Monaten unabkäuflicher Leistung aus dem Amtsbezirke Bern. Die Wyttenbach und die Tschirren solidarisch zu Fr. 480 Entschädigung an Herrn Locher, für welche die Angeschuldigte von Bonstetten jedoch nicht haftbar erklärt wurde. Endlich die Wyttenbach zu $^3/_6$, die Bonstetten zu $^2/_6$ und die Tschirren zu $^1/_6$ der Untersuchungskosten, die Tschirren und die Wyttenbach solidarisch für $^4/_6$. Gegen dieses Urtheil erklärte die Jülie von Bonstetten, die Frau Wyttenbach, sowie die Staatsanwaltschaft die Appellation.

Die Polizeikammer bestätigte im wesentlichen das erstinstanzliche Urtheil in Annahme folgender Betrachtungsgründe.

Daß der Thatbestand folgender strafbaren Handlungen hergestellt ist:

1) Einer wiederholten boshaften Beschädigung des Hauses des Spezierers J. F. Locher, mittelst Verunreinigung und Verwüstung des Ladens, Plafonds, der Wände und der daselbst angebrachten Frescomalereien.

2) Des wiederholten Anschlagens von Schmähschriften gegen den bemeldten J. F. Locher, an dessen Hause;

daß die beklagte Magdalena Tschirren der physischen Urheberschaft einer dieser Beschädigungen und des Anschlagens zweier der angehefteten Schmähschriften geständig und überwiesen ist;

daß der intellektuellen Urheberschaft dieser Beschädigungen und Schmähschriften, zwar nicht geständig, aber durch folgende Indicien überwiesen erscheint: die beklagte Frau Wyttenbach,

a. durch die Aussagen der Mitangeschuldigten Magdalena Tschirren unter Umständen, welche die Wahrheit derselben, als unzweifelhaft erscheinen lassen, indem sie weder durch den persönlichen Haß der Tschirren gegen Locher, noch durch ihren in sittlicher Hinsicht üblen Ruf entkräftet werden,

b. durch die damit übereinstimmenden Aussagen eines, wenn auch verdächtigen, Zeugen der Frau Blau,

c. durch die Aussagen der Mitangeschuldigten Jülie von Bonstetten, die in Berücksichtigung des nähern Verkehrs, den sie mit Frau Wyttenbach unterhielt, um so glaubwürdiger und bedeutungsvoller erscheinen,

d. durch die erwiesene Feindschaft mit ihrem frühern Hausherrn Locher, welche sich namentlich daraus ergiebt, daß sie dessen Haus vor Ablauf der Miethzeit verließ, sowie aus Aeußerungen, welche sie über denselben in Gegenwart vor Zeugen that, und durch welche sie ihre feindselige Gesinnung gegen Locher an den Tag legte,

daß die beklagte Jülie von Bonstetten der Anstiftung zum Vergehen der Beschädigung des Locherschen Hauses theils geständig, theils durch die Aussagen dreier verdächtigen Zeugen als über-

wiesen erscheint, dagegen nicht bewiesen ist, daß die fraglichen Beschädigungen infolge dieser Anstiftung verursacht worden seien,

daß der Frau Wyttenbach und der Magdalena Tschirren böse Absicht in einem hohen, der Jülie von Bonstetten aber in einem gewöhnlichen Grade zur Last fällt,

daß die Verletzung des öffentlichen Anstandes, die Größe des verursachten Schadens und die Mehrheit der Vergehen und bei Frau Wyttenbach insbesondere noch das hartnäckige Läugnen schärfend auf die Strafe einwirken.

IV.

„Le président du tribunal de district n'est pas compétent „de prononcer, en application des art. 280 à 283 du „code de procédure pénale, une peine à raison de voies „de fait qui auraient été commises à l'audience du „tribunal de district."

Le 1 mars 1853, pendant que le tribunal du district de Porrentruy siégeait comme tribunal civil et consulaire, l'avocat Désiré Kohler s'avança vers l'avocat Elsesser qui, après avoir plaidé dans une affaire, venait de s'asseoir au banc des avocats, et lui appliqua un soufflet sur la face, sur quoi le président du tribunal, se fondant sur l'art. 280 C. p. p., le condamna à fr. 50 d'amende.

Le lendemain, l'avocat Elsesser porta plainte au préfet de Porrentruy au sujet de cette voie de fait, et demanda qu'une enquête fût instruite contre Désiré Kohler et celui-ci condamné à la peine légale et en outre à des dommages-intérêts.

Sur ce, le juge d'instruction renvoya l'affaire, après la clôture de l'instruction préliminaire, et, d'accord avec

le substitut du procureur général, au tribunal correctionnel pour statuer. L'audience des débats fut fixée au 31 mai 1853, où le prévenu fit défaut. Le tribunal crut devoir néanmoins statuer d'office, d'abord sur la question de compétence qu'il trancha affirmativement, après avoir entendu le ministère public et la partie civile en leurs plaidoiries; mais le tribunal ne s'arrêta pas là: il examina de même d'office l'exception de la chose jugée (basée sur le jugement précité du président du tribunal), et la trancha aussi, malgré la protestation de la partie civile contre ce mode de procéder illégal, en faveur du prévenu défaillant. — Appel de ce jugement fut interjeté par le ministère public et la partie civile, ensuite duquel les parties comparurent, le 17 septembre 1853, devant la chambre de police de la cour d'appel et de cassation pour voir statuer sur la question de droit susmentionnée. A cette audience, le ministère public demanda d'abord la parole pour soulever une question incidente, et, après qu'elle lui eut été accordée par le président, il conclut éventuellement:

1) à ce que le mode de procéder en entier suivi dans cette affaire, ainsi que le jugement du président du tribunal, du 1 mars, et celui rendu par le tribunal lui-même, le 31 mai 1853, soient cassés d'office;

2) à ce qu'il soit donné ordre au tribunal de faire consigner, entant que cela n'aurait pas déjà eu lieu, les voies de fait en question, conformément à l'art. 22 du code de procédure civile, et de renvoyer l'affaire au juge pénal;

3) à ce que les frais du mode de procéder annulé et des jugements cassés soient mis à la charge du fisc, sans qu'aucune des parties en cause ait néanmoins rien à réclamer à ce sujet.

M. Brunner, avocat, au nom de la partie civile, déclara se joindre à ces conclusions; il demanda toutefois que le fisc, ou le prévenu Kohler, fût condamné aux frais de la partie civile.

A l'appui de ces conclusions incidentes, il fut exposé essentiellement: Que la scène du 1 mars 1853 constitue, d'après les dispositions précises des art. 309 et 311 du code pénal, un délit qui est uniquement de la compétence du tribunal correctionnel (art. 1 du code de procédure pénale, combiné avec les art. 47 et 49 de l'organisation judiciaire de 1847); que cette manière de voir concordait parfaitement avec l'usage français admis notamment par la cour de cassation, et que le tribunal correctionnel de Porrentruy s'était aussi prononcé sur cette question par sa décision sur la compétence. Il en résulte que le président du tribunal, en sa qualité de juge civil, est incompétent de prononcer de son chef sur de pareils délits, — ce qui a pourtant eu lieu au cas particulier par le président du tribunal de Porrentruy; — il ne pouvait, au reste, invoquer l'art. 280 C. p. p., déjà par le motif que cette disposition ne concerne que les tribunaux correctionnels, qui sont, sans cela, déjà compétants en matière correctionnelle, et peuvent par conséquent juger et punir immédiatement les délits commis à l'audience, en tant qu'il n'ont pas dégénéré en crimes. — Mais, c'est le tribunal civil qui a siégé le 1 mars, auquel le droit de prononcer une peine n'était point conféré, et l'application par analogie de l'art. 280 C. p. p. n'aurait pas dû être admise; le législateur a prévu ces cas dans l'art. 22 code pr. civ., suivant lequel il doit être dressé procès-verbal des faits de manque de respect, dégénérés en délits, et l'affaire renvoyée au juge pénal. Cette disposition est notamment applicable au cas particulier, où il ne s'agit pas seulement d'un manque de respect, mais d'un délit proprement dit (voie de fait), lequel, conformément au

code pénal et à l'usage constamment suivi, est à juger par le tribunal pénal. L'incompétence du président du tribunal civil, au sujet du jugement du 1 mars, n'a pas, en conséquence, été seulement relative, et ne peut être levée par suite d'une simple omission de moyens juridiques à son encontre, elle était au contraire absolue, et le jugement qui s'en suivit est entaché d'une nullité radicale. Au reste, la partie civile n'aurait pu faire valoir ses moyens juridiques contre le dit jugement, parce que celui-ci n'a eu pour objet que le manque de respect dû au tribunal, et non les mauvais traitements exercés sur la personne du plaignant; la partie lésée avait dès-lors, dans la supposition même que le jugement du président du tribunal serait maintenu, encore toujours le droit de poursuivre le prévenu pour cause de mauvais traitements, attendu qu'à teneur de l'art. 5 C. p. p., on ne peut plus poursuivre pour la même action seulement celui qui à déjà été légalement condamné, mais non pas celui auquel une peine disciplinaire a été infligée par le président d'un tribunal civil, et ce, d'une manière illégale. — Par contre, ce n'était pas, en effet, l'intention du législateur de provoquer deux jugements qui assujettissent à des peines, pour le même fait, jugements dont l'un prononce une peine disciplinaire seulement, et l'autre une peine correctionnelle; le premier est dès-lors à envisager comme nul et non avenu, — et, comme l'arrêt rendu à l'audience du 31 mai a pour base ce dit jugement, il faut que la cassation de toute la procédure postérieure soit prononcée, puisque celle-ci s'étaie sur un arrêté entaché de nullité absolue et sur le faux principe d'une double condamnation relativement à la même action. — Enfin, on a encore fait valoir que l'exception de la chose jugée ne peut être soulevée d'office, mais doit être invoquée en la forme d'une question incidente par le prévenu lui-même. (art. 310 C. p. p.)

M. Kurz, défenseur du prévenu, a conclu au débouté des conclusions prises, sous suite des frais. — Il fit valoir à l'appui :

Le soufflet donné par Kohler à Elsesser n'a été qu'une injure de fait qui doit être classée dans la catégorie des offenses à l'honneur, lesquelles, aux termes du §. 65 du code de pr. civ., peuvent aussi être punies d'une peine disciplinaire par les tribunaux civils, ce qui a eu lieu au cas particulier, et c'est pour cela que le jugement du 1 mars doit être envisagé comme ayant été prononcé compétemment; en tous cas, et au pis aller, l'incompétence de M. le président du tribunal civil n'est que *relative*, puisque la condamnation des délits commis devant le tribunal ne lui est pas retirée d'une manière absolue; M. Elsesser aurait dû, en conséquence, se pourvoir en nullité contre le jugement du 1 mars, mais comme il a omis de le faire, celui-ci a passé en force de chose jugée, et la thèse *„non bis in idem“* est entièrement applicable au cas particulier. La cassation de la procédure instruite ne peut être admise déjà par la raison que les prescriptions de la loi ont été suivies en tout; et que, notamment, le jugement du 1 mars a passé en force de chose jugée, abstraction faite qu'à teneur du code de procédure pénale, une pareille cassation n'est en général point admissible.

Sur ce, la chambre de police a prononcé le jugement suivant :

CONSIDÉRANT :

1. Qu'aux termes de l'art. 1 du code de pr. pén., aucune peine ne peut être infligée que par une autorité compétente, en application d'une loi et suivant les formes légales.

2. Que d'après les art. 47 à 52 de la loi sur l'organisation judiciaire, du 31 juillet 1847, le jugement des

crimes, délits et contraventions compète exclusivement aux juges et tribunaux institués pour les matières pénales.

3. Que si les art. 280 à 283 C. pr. pén. conférent à ces juges et tribunaux le droit de prononcer une peine, séance tenante, à raison de voies de fait qui auraient été commises à l'audience, en tant quelles n'auraient pas dégénéré en crimes flagrants, ce mode de procéder est basé sur le motif que les juges ou tribunaux de justice répressive possèdent déjà comme tels la juridiction en matière pénale.

4. Que, par contre, les tribunaux civils ne peuvent avoir et n'ont pas en effet de pareilles attributions répressives; qu'au contraire et au vu de l'art. 22 C. pr. civ., la compétence disciplinaire des juges et tribunaux, en matière civile, est limitée pour les cas d'atteintes portées au respect qui leur est dû, à prononcer soit une amende qui peut s'élever à fr. 50, ou un emprisonnement de 48 heures au plus; que, par contre, et aux termes du second alinéa de l'article précité, si l'atteinte revêt le caractère d'un délit plus grave ou d'un crime, il doit en être dressé procèsv-erbal au protocole, et l'affaire renvoyée au juge pénal.

5. Que, dans le moment où les voies de fait auxquelles s'est livré le sieur Kohler contre le sieur Elsesser ont eu lieu, le tribunal du district de Porrentruy ne siégeait pas comme tribunal correctionnel, mais comme tribunal civil et consulaire.

6. Qu'ainsi, le tribunal de Porrentruy, siégeant en la prédite qualité, ne pouvait user que des attributions disciplinaires que lui conférait l'art. 22 du code de procédure civile, et nullement faire usage de la compétence pénale qui lui appartient comme tribunal correctionnel, aux termes des art. 280 à 283 C. pr. pén.

7. Que par suite et attendu qu'il ne s'agissait pas seulement, au cas spécial, d'une simple atteinte portée au respect dû au tribunal, mais aussi de voies de fait commises de la part de M. Kohler envers la personne de M. Elsesser, le tribunal de Porrentruy aurait dû se borner à faire dresser procès-verbal au protocole de ce délit, et transmettre l'affaire au juge pénal.

8. Qu'au surplus, une décision pareille aurait dû émaner du tribunal lui-même et non du président, puisque la scène dont s'agit a eu lieu à l'audience du tribunal et non à celle du président.

9. Que dès-lors, le jugement du président du tribunal de Porrentruy, du 1 mars 1853, qui, du reste, n'est pas même expédié d'une manière convenable, est, sous tous les rapports, incompétemment rendu, vicié dans la forme et illégal.

10. Qu'en conséquence, le mode de procéder qui a été suivi dans cette affaire est dans tout son ensemble illégal et entaché d'une nullité radicale;

Par ces motifs,

La chambre de police adjuge les conclusions prises par le procureur- général à cette audience.

Pourvoi en nullité d'un jugement de simple police.

V.

„La peine édictée par la loi doit être appliquée INTÉGRALEMENT *à tous les coupables et condamnés.“*

Par son jugement du 29 septembre 1853, le juge de police de Porrentruy faisant application de l'art. 479, Nr. 8 du code pénal français, a condamné Xavier Merguin et

Constant Rérat — prévenu de tapages nocturnes et injurieux — *solidairement* à onze francs d'amende et aux frais.

Le ministère public s'étant pourvu en nullité de ce jugement, la chambre de police de la cour d'appel et de cassation a statué comme suit:

CONSIDÉRANT

que, d'après les premiers principes du droit pénal, la peine édictée par la loi doit être *intégralement* appliquée à tous les coupables et condamnés;

que le juge de police de Porrentruy, en condamnant Xavier Merguin et Constant Rérat, pour fait de tapages nocturnes et injurieux, solidairement à onze francs d'amende, a ainsi prononcé contre chacun des prévenus une amende inférieure au minimum fixé par l'art. 479, Nr. 8 du code pénal;

que dès-lors, le pourvoi en nullité du substitut du procureur général se trouve justifié par l'art. 472, Nr. 3 du code de procédure pénale.

Par ces motifs,

la chambre de police

ARRÊTE:

1. Le jugement de première instance du vice-président de Porrentruy, du 29 septembre 1853, est annulé.

2. L'affaire est renvoyée au juge de police de Delémont pour être jugée de nouveau.

3. En vertu de l'art. 475 C. pr. pén., les frais sont mis à la charge du juge de Porrentruy.

VI.

„La loi française, du 3 septembre 1807, sur l'usure, est encore en vigueur dans le Jura bernois.“

Sous la date du 7 mai 1853, une plainte a été portée contre Jules Block, négociant à Porrentruy, par Edouard

Hantz, au même lieu, — Jean-François Gigon, à Chevenez, — et François Saunier, à Montancy, — dans laquelle Block est accusé du délit d'usure. Plusieurs autres personnes entendues dans la suite de la procédure ont confirmé ce fait, Block s'étant aussi rendu coupable d'usure envers elles.

A l'exception de la déclaration faite en audience publique par l'avocat Berberat, dans un procès ventilant entre le banquier Choulet et Jules Block, que celui-ci avait exigé du premier le 10 % d'intérêts, en vertu d'une convention, — fait qui a été avoué par les deux parties, — Jules Block a dénié tous les autres griefs énumérés par les plaignants et les témoins entendus.

Par son jugement du 22 août 1853, le tribunal du district de Porrentruy a condamné Jules Block à mille francs d'amende et aux frais; statuant sur la demande en restitution formée par Gigon et Saunier, le tribunal a condamné le prévenu à rendre au premier la somme de fr. 4. 10, — et au second, celle de fr. 9. 35, — et aux frais.

La chambre de police de la cour d'appel et de cassation ayant été saisie de cette affaire ensuite de l'appel interjeté par le prévenu, a — par son arrêt du 16 novembre 1854, — faisant droit aux conclusions de M. le procureur général du canton, confirmé le jugement de première instance.

Cet arrêt est basé sur les motifs suivants:

CONSIDÉRANT

qu'il résulte des actes de l'enquête et des dépositions des témoins entendus que le prévenu Block a perçu des intérêts excédant le taux du cinq et même du six pour cent;

qu'il est également établi par les diverses opérations de prêts d'argent qu'il a faites successivement, et

notamment par la convention conclue avec le banquier Choulet à Porrentruy, par laquelle l'intérêt des sommes prêtées a été fixé au 10 %, que le prévenu Block fait habituellement des prêts usuraires;

qu'en ce qui concerne *la fixation* de l'intérêt, l'art. 1907 du code Napoléon, en vigueur dans le Jura, porte ce qui suit: „l'intérêt légal est fixé par la loi;“

que, dans leur exposé des motifs au corps législatif, les orateurs du gouvernement ont commenté comme suit cette partie de l'article précité: „Nous n'avons „pas touché à la fixation de l'intérêt légal. Cette „fixation ne peut appartenir qu'au gouvernement, „et les mesures que le gouvernement peut prendre „à cet égard ne doivent pas être précipitées;“

que le pouvoir d'alors a, en vertu de la loi du 3 septembre 1807, fixé l'intérêt tant conventionnel que légal, en matière civile, à *cinq* pour cent, et en matière de commerce, à *six* pour cent, le tout sans retenue;

que par suite, la loi précitée est une loi supplémentaire et inséparable de l'art. 1907 du code Napoléon, et qu'elle n'a été abrogée par aucune disposition législative subséquente;

que dès-lors, il résulte de ce qui précède que le prévenu Block est convaincu d'usure, — qu'il s'y livre habituellement, — qu'en conséquence, il est passible de la peine édictée par l'art. 4 de la loi précitée;

que l'art. 3 de cette loi prescrit la restitution de l'excédent d'intérêts indûment touchés; que néanmoins, la somme réclamée par Saunier dépasse celle perçue par Block en sus du taux légal.

Par ces motifs, confirme, etc.